

Systemrelevante Wahl

So planen die Parteien im Gesundheitssystem

Neben der K-Frage geht es bei der Bundestagswahl am 24. September auch um die Zukunft des deutschen Gesundheitssystems. Welches Modell bevorzugen die zur Wahl stehenden Parteien in der Krankenversicherung? Das BZB hat die Wahlprogramme analysiert und die wichtigsten gesundheitspolitischen Positionen zusammengefasst. Sortiert sind die Parteien nach den Stimmenanteilen bei der Bundestagswahl 2013.



Duales Gesundheitssystem

Von den beiden Unionsparteien CDU und CSU lag bei Druckbeginn dieser Ausgabe noch kein gemeinsames Wahlprogramm vor. Die Aussagen hochrangiger Gesundheitspolitiker lassen jedoch darauf schließen, dass sie am dualen System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung festhalten werden. So warnte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe bei der Eröffnung des 120. Deutschen Ärztetages in Freiburg vor einer Missgunstdebatte in der Gesundheitspolitik: „Auch ein Wahlkampf sollte uns nicht verführen, mit Neidparolen über unser Gesundheitswesen herzuziehen.“ Das aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung bestehende System habe sich bewährt und schaffe Gerechtigkeit. Ein Zusammenlegen beider Systeme sei deshalb „politisch wie finanziell ohne Sinn“, so der CDU-Politiker. Gröhes bayerische Amtskollegin Melanie Huml kritisierte in ungewohnt scharfer Form die SPD-Kampagne zur Bürgerversicherung: „Mit der von der SPD propagierten Einheitsversicherung drohen sowohl längere Wartezeiten als auch eine schlechtere medizinische Versorgung für alle. Eine Einheits-Zwangsversicherung legt nicht nur die Axt an die private Krankenversicherung, sondern riskiert auch die positiven Errungenschaften der gesetzlichen Krankenversicherung. Deshalb sollte der SPD-Kanzlerkandidat besser auf diesen Unfug verzichten.“ Allerdings forderte sie erneut einen regionalen Ausgleichsfaktor für den morbiditätsorien-

tierten Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung. „Es muss dafür gesorgt werden, dass bayerische Versichertengelder die Menschen in Bayern ausreichend unterstützen“, betonte die CSU-Politikerin in einer Pressemitteilung.

Im Regierungsprogramm für die laufende Legislaturperiode, das unter der Überschrift „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ stand, plädierten die beiden Schwesterparteien ebenfalls für das Zwei-Säulen-Modell. Darin hieß es unter anderem: „Wir bekennen uns zum Wettbewerb der Krankenkassen. Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab. Die private Krankenversicherung mit ihren individuellen Kapitalrücklagen, um steigende Kosten im Alter abzdämpfen, leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen.“



Paritätische Bürgerversicherung

Die SPD setzt auf eine paritätische Bürgerversicherung. Arbeitgeber und Versicherte sollen wieder den gleichen Anteil am Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Den einseitig von den Versicherten getragenen Zusatzbeitrag wollen die Sozialdemokraten abschaffen. Im Entwurf des Leitantrags für das Regierungsprogramm „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!“ heißt es: „Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen.“ Dazu zählen auch Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen werden soll. Öffentliche Arbeitgeber können nach den SPD-Plänen wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamte einen Arbeitgeberbeitrag entrichten oder wie bisher über die Beihilfe einen Teil der Behandlungskosten direkt übernehmen. Mit diesem Modell wäre der Weg in die private Krankenversicherung künftig versperrt. Wer bislang privat versichert war, soll die Wahl haben, ob er in die

Bürgerversicherung wechseln oder in der privaten Krankenversicherung bleiben möchte.

Neben der Bürgerversicherung will die Partei eine einheitliche Honorarordnung für Ärzte schaffen. Der Grund: „Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre Behandlung höher vergütet wird.“ Durch die Vereinheitlichung richte sich die Vergütung medizinischer Leistungen nach dem Bedarf der Patienten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind, so die Sozialdemokraten im Entwurf des Leitansatzes.

DIE LINKE.

Solidarische Gesundheitsversicherung

Die Linke geht mit ihrem Modell einer solidarischen Gesundheitsversicherung noch einen Schritt weiter. Sie will auf alle Einkommensarten, also auch auf Kapitaleinkommen und Gewinne, Krankenversicherungsbeiträge erheben. Um die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland zu beenden, sollen alle Bürger entsprechend ihres Gesamteinkommens in die Bürgerversicherung einzahlen und eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung erhalten – ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. So steht es im Wahlprogramm „Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.“, das der Parteitag in Hannover beschlossen hat. Mit diesen Maßnahmen will die Partei den Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent dauerhaft auf unter 12 Prozent absenken, ohne Leistungen zu kürzen. Weiter heißt es in dem Papier: „Die private Vollversicherung wird damit abgeschafft. Die private Krankenversicherung wollen wir auf Zusatzleistungen beschränken und den Beschäftigten der Versicherungsunternehmen einen sozial verträglichen Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglichen.“



Grüne Bürgerversicherung

Bündnis 90/Die Grünen will die gesetzliche und private Krankenversicherung ebenfalls zu einer

Bürgerversicherung umgestalten, damit die Gesundheitsversorgung „gerechter und besser“ wird. Daran sollen alle Bürger beteiligt werden – Beamte ebenso wie Selbstständige und Gutverdiener. Geplant ist eine paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Daneben soll der Zusatzbeitrag abgeschafft werden. Die Grünen wollen sämtliche Einkommensarten gleich behandeln und zur Finanzierung heranziehen. „Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben“, schreibt die Umweltpartei in ihrem Wahlprogramm „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Auch bei den Arzthonoraren soll es in Zukunft keine Unterschiede mehr geben. „Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil, zukunftsfest und fair finanziert und alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren“, lautet das Fazit der Partei.



Freie Wahl der Krankenversicherung

Die FDP wirbt in ihrem Wahlprogramm unter dem Titel „Schauen wir nicht länger zu!“ für eine freie Wahl der Krankenversicherung. „Einer als ‚Bürgerversicherung‘ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage“, heißt es darin unter anderem. Staatlich organisierte und rationierte Zuteilungsmedizin führe langfristig zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung und verschärfe die demografischen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung. Stattdessen soll jeder Bürger frei und unabhängig von seinem Einkommen wählen können, ob er sich für den Versicherungsschutz bei der gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung entscheidet. Geplant ist, die Wechselmöglichkeiten zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu vereinfachen.

Daneben wollen die Liberalen private Anbieter verpflichten, jeden Antragsteller im Basistarif zu versichern. Altersrückstellungen sollen bei einem Wechsel innerhalb der privaten Krankenversicherung mitgenommen werden können. Gleichzeitig soll die gesetzliche Krankenversicherung mehr Selbstständigkeit bei Tarifoptionen erhalten. Fördern will die Partei den Wettbewerb zwischen den

Krankenkassen, indem ihre Vertragsmöglichkeiten erweitert werden.

Ausdrücklich tritt die FDP für eine Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung ein. „Die niedergelassenen Haus- und Fachärzte bilden die Basis der flächendeckenden und hochwertigen ambulanten ärztlichen Versorgung in unserem Land“, heißt es in dem vom 68. Bundesparteitag verabschiedeten Wahlprogramm. Darüber hinaus verlangen die Freien Demokraten die Abschaffung der Budgetierung, die zu einer „Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung sowie zu einem Ausbluten der gesundheitlichen Versorgung in den ländlichen Regionen und sozialen Brennpunkten“ geführt habe.



Leistungsfähige medizinische Versorgung

Die AfD fordert im Entwurf ihres Wahlprogramms, „dass der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt wird“. Es sei unsystematisch, die Risiken der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

Keine konkreten Aussagen enthält das vom Delegiertenparteitag beschlossene Papier zur System-Frage im Gesundheitswesen. Im Kapitel 12 „Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr“ heißt es lediglich: „Die Gesundheitspolitik in Deutschland steht angesichts der demografischen Entwicklungen vor großen Herausforderungen. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern des modernen Sozialstaats. Wir setzen uns für eine leistungsfähige, flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürger ein – im ambulanten wie im stationären Bereich.“ Die Finanzierung des Gesundheitssystems sieht die Protest-Partei vor allem durch „allgemeine politische Fehlentwicklungen“ bedroht: „Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder, und durch die verfehlte Zinspolitik der Europäischen Zentralbank können die kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen keine ausreichenden Rücklagen mehr bilden.“



Transparentes Gesundheitswesen

Die Piratenpartei hat bisher noch kein Wahlprogramm veröffentlicht. Laut ihrem Grundsatzprogramm soll das Gesundheitswesen über solidarische Beiträge finanziert werden. An der Finanzierung sollen sich alle Bürger beteiligen. Zu berücksichtigen sei allerdings die „individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit“. Privilegien der privaten Krankenversicherungsunternehmen müssten im Interesse einer einkommens- und vermögensunabhängigen Gesundheitsversorgung abgeschafft werden, so die Partei. Um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens zu erleichtern, fordern die Piraten eine schnellere Etablierung offener Standards zur elektronischen Kommunikation, wobei der Datenschutz „auf höchstem Niveau“ sichergestellt werden müsse. Einnahmen und Ausgaben des Gesundheitssystems sollen zeitnah, übersichtlich und nachvollziehbar dargestellt werden, damit „der Anteil für unmittelbar dem Patienten zugutekommende oder an ihm erbrachte Leistungen transparent ist“.



Abschaffung des Gesundheitsfonds

Die Freien Wähler planen Korrekturen innerhalb des bestehenden Systems. Als erste Maßnahme soll der Gesundheitsfonds abgeschafft werden. „Wir wollen, dass die gesetzlichen Krankenkassen wieder ihre Beitragsautonomie erhalten. Dies erhöht den Wettbewerb unter den Kassen, und der Versicherte profitiert von besseren Angeboten und niedrigeren Beitragssätzen“, heißt es im Wahlprogramm, das unter dem Motto „Freie Wähler – Die anständige Alternative“ steht. Beiträge zur Krankenversicherung müssten wieder jeweils zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern übernommen werden. Um Versorgungslücken auf dem Land zu schließen, wollen die Freien Wähler die Zusammenarbeit mit freiberuflichen Haus- und Fachärzten, Hebammen, Apothekern und Therapeuten ausbauen. Diesen Berufen komme eine Schlüsselfunktion bei der Gesundheitsversorgung zu.